



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Michael Hofmann, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Harald Kühn, Barbara Regitz, Berthold Rüth, Dr. Ludwig Spaenle, Peter Tomaschko, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2023;

**hier: Projekt „Schwimmen lernen“, Prämien für schulische Schwimmbadbezeichnungen erhöhen und Forschungsprojekt „Sport und Gesundheitsförderung in der dualen Ausbildung“
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 05 04 wird der Ansatz im Tit. 684 90 (Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke) von 880,0 Tsd. Euro um 458,0 Tsd. Euro auf 1.338,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Zum Projekt „Schwimmen lernen“ (250 Tsd. Euro):

Die Verbesserung der Schwimmfähigkeit der Kinder und Jugendlichen ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die in Folge der Coronapandemie noch gewachsen ist. Das Programm gemeinsam.Brücken.bauen eröffnet bereits jetzt vielfältige Möglichkeiten für zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit wie die Beschäftigung von Unterstützungskräften zur Binnendifferenzierung im Schwimmunterricht oder für zusätzliche Schwimmkurse in allen Schularten sowie im Bereich Grundschule, Mittelschule und Förderschule für zusätzliche Schwimmkurse durch Kooperationen mit nicht-gewinnorientierten Partnern.

Angesichts der besonderen Herausforderungen in der Zeit nach der Coronapandemie sollen zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, die es Grundschulen einschließlich der Grundschulstufe an Förderzentren im Bedarfsfall ermöglichen, Angebote zum Schwimmen Lernen in Kooperation auch mit kommerziellen Anbietern zu organisieren. Dies kann nicht zuletzt dazu beitragen, zusätzliche Zugänge zu Schwimmbädern zu eröffnen.

Zu Prämien für schulische Schwimmabzeichen erhöhen (30 Tsd. Euro):

Die Förderung der Schwimmfähigkeit ist gerade in der Zeit nach der Coronapandemie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher sollen die Prämien für Schulen im Rahmen des Schwimmabzeichen-Schulwettbewerbs von derzeit 300 Euro bis 500 Euro verdoppelt werden. Dadurch sollen der Stellenwert der Verbesserung der Schwimmfähigkeit im schulischen Kontext gerade im Hinblick auf die zurückliegenden pandemiebedingten Einschränkungen verdeutlicht und die Anstrengungen der Schulen um die Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler gewürdigt werden.

Zu Forschungsprojekt „Sport und Gesundheitsförderung in der dualen Ausbildung“ (178 Tsd. Euro):

Förderung und Erhalt der Gesundheit in all ihren Dimensionen ist ein zentrales Thema der modernen Gesellschaft. Dies betrifft nicht nur den privaten Bereich, sondern im besonderen Maße auch Beruf und berufliche Bildung als Lebenswelt. Die Ausbildungszeit stellt dabei in der Regel die zentrale Phase der beruflichen Sozialisation dar, in der erstmals die Erfordernisse der Arbeitswelt auf die individuellen Ressourcen und Möglichkeiten der Auszubildenden treffen. An dieser Stelle gilt es, die Gesundheitskompetenz der Heranwachsenden nachhaltig zu fördern.

Ziel des Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Sport und Gesundheitsförderung in der dualen Ausbildung“ ist es, anknüpfend an organisatorische und inhaltliche Rahmenbedingungen Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln, die eine nachhaltige Integration des Gesundheitsthemas in die berufliche Bildung ermöglichen. Das Projekt ist als Pilot für Bayern in der Modellregion Passau und Rottal-Inn konzipiert. Die Haushaltsmittel sollen dabei als unterstützende Anschubfinanzierung dienen.